

## Steuer-Stau: Ex-Finanzchefs wehren sich

Drei Altregierungsräte weisen jede Mitschuld am Veranlagungsrückstand von sich – GLP holt zum finanzpolitischen Rundumschlag aus.

Stefan Marolf

Fast 30 zusätzliche Stellen für die Thurgauer Steuerverwaltung: Darüber muss der Grosse Rat am Mittwoch entscheiden. Der Nachtragskredit würde den Kanton anderthalb Millionen Franken kosten – er kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Erst am Freitag verkündete Finanzdirektor Urs Martin, dass das Defizit für das laufende Jahr wohl 45 Millionen grösser ausfallen wird als budgetiert.

Wer ist schuld daran? Diese Frage diskutierte vor einer Woche auch die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) des Grossen Rates. Zumindest den Veranlagungsrückstand bei der Steuerverwaltung verantwortete Urs Martin nicht allein, ist dem GFK-Bericht zu entnehmen. Darin steht: «Es wurde mehrmals das späte Handeln kritisiert, da das Problem schon seit 2006 bestehe.»

### Drei Altregierungsräte reagieren

Diese Passage wiederum provozierte offenbar Urs Martins Vorgänger zu einer Reaktion. Jakob Stark (SVP), Bernhard Koch (Mitte) und Roland Eberle (SVP), alle zwischen 2000 und 2020 Finanzdirektoren im Thurgauer Regierungsrat, wandten sich per Mail an die GFK und an die Präsidentinnen und Präsidenten aller Grossratsfraktionen.

Während ihrer Amtszeiten habe sich der Veranlagungsrückstand immer innerhalb des anvisierten Zielkorridors bewegt, schreiben Stark, Koch und Eberle. Die Probleme bei der Steuerverwaltung hätten erst 2021 angefangen und nicht früher, wie jetzt suggeriert werde. Nachdem damals drei zusätzliche Stellen für die Steuerverwaltung abge-



Urs Martin, Thurgauer Finanzdirektor.

Bild: Benjamin Manser

lehnt worden seien, habe die Stimmung umgeschlagen und die Fluktuationsrate sei sprunghaft angestiegen.

Das Mail der drei Altregierungsräte war wohl nicht für die

Öffentlichkeit bestimmt. Dass es trotzdem publik wurde, liegt an der GLP Thurgau. Sie veröffentlichte am Montag eine Medienmitteilung, unterzeichnet von Parteipräsident Stefan Leut-



Jakob Stark, Ständerat und ehemaliger Thurgauer Finanzdirektor.

Bild: Andrea Tina Stalder

hold und Fraktionspräsident Reto Ammann.

«Dass wir jetzt, drei Jahre später, über 28,8 statt drei zusätzliche Stellen für die Steuerverwaltung diskutieren, erhält

eine spezielle Note», steht darin, und: «Es ist bemerkenswert, dass ehemalige Finanzdirektoren dem Kommissionsbericht widersprechen.»

Insgesamt ist der finanzpolitische Rundumschlag der GLP stolze vier Seiten lang. Die weiteren Inhalte: Der Kanton habe kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, er solle sich auf seine wichtigsten Aufgaben beschränken und sparen – unter anderem beim Personal.

### Der Finanzdirektor schweigt

Urs Martin äussert sich auf Anfrage nicht: weder zur GLP-Mit-

teilung noch zum Mail seiner Vorgänger – obwohl sie jede Mitschuld am Veranlagungsrückstand bei der Steuerverwaltung von sich weisen und Martin damit indirekt zum alleinigen Verantwortlichen machen.

Ihm sei überhaupt nicht aufgefallen, dass aus dem GFK-Bericht Vorwürfe an Stark, Koch und Eberle herauszulesen sein könnten, sagt derweil SVP-Fraktionspräsident Hermann Lei. «Es stimmt, dass die Steuerverwaltung schon 2006 im Rückstand war. Das ist aber noch lange keine Schuldzuweisung.» Umso überraschter war Lei, als sich Urs Martins Vorgänger per Mail gemeldet haben: «Eine Reaktion der Altregierungsräte aufgrund des Berichts und des Verhaltens der GFK fand ich nicht nötig.»

Zusätzlich brisant: Mit Stark und Eberle sind zwei der drei ehemaligen Finanzdirektoren Parteikollegen von Urs Martin. Vermittlungsversuche innerhalb der Partei habe es nicht gegeben, sagt Hermann Lei. «Es interessiert mich nicht, wer für den Veranlagungsrückstand verantwortlich ist. Jedenfalls hat Urs Martin das Problem erkannt und probiert es zu lösen.»

Alles in allem mache der Finanzdirektor «einen sehr guten Job», sagt Lei. «Wir erwarten aber, dass er noch stärker probiert, die Ausgaben im Griff zu behalten.» Die Stellen-Aufstockung bei der Steuerverwaltung hat vor diesem Hintergrund einen schweren Stand bei der SVP. Die Fraktion habe den Nachtragskredit schon zweimal vorbesprochen, aber noch keine Entscheidung gefällt, sagt Lei. «Wir haben keine Freude, aber wir werden wahrscheinlich zustimmen – mit der Bedingung, dass Stellen wieder abgebaut werden, sobald der Stau behoben ist.»

### SP fordert «Ende der ständigen Steuergeschenke»

Auf die ernüchternde Halbjahresbilanz des Kantons hat am vergangenen Freitag auch die SP Thurgau mit einer Mitteilung reagiert. Die Bilanz zeige ein verheerendes Bild, heisst es darin, und: «Trotz der aktuellen kriti-

schen Lage planen die bürgerlichen Parteien die Streichung der Liegenschaftsteuer. Diese unverantwortliche Politik trifft nun die gesamte Bevölkerung.» Die «wahllosen Steuererleichterungen» müssten gestoppt wer-

den, fordert die SP, und schreibt: «Statt die Einnahmenbasis weiter auszudünnen, ist es an der Zeit, endlich verantwortungsvoll zu handeln – bevor die Thurgauerinnen und Thurgauer noch stärker belastet werden.» (ste)

## «Ein unzumutbares Dilemma»

Die Fraktionen SVP und EDU/Aufrecht erklären, dass es ihnen fast unmöglich ist, einen Vorstoss mit gegenderter Sprache zu unterstützen.

Sabrina Bächli

Der Stern ist ihnen ein Dorn im Auge. Die beiden Präsidenten der Fraktionen SVP und EDU/Aufrecht, Hermann Lei und Marcel Wittwer, haben deshalb eine Fraktionserklärung verschickt. Der Inhalt hat es in sich. Unter anderem schreiben die Verfasser von einem «unzumutbaren Dilemma», das mit gegenderter Sprache in Vorstössen auf die Mitglieder ihrer Fraktionen zukomme. Denn: Die beiden Fraktionen lehnen die Gendersprache ausdrücklich ab, heisst es in der Mitteilung.

Marcel Wittwer, Fraktionspräsident der EDU/Aufrecht, stellt klar, dass man damit nicht die geschlechterneutrale Sprache meine, wie etwa die Bezeichnung Bürgerinnen und Bürger. «Uns geht es vor allem um die Sonderzeichen», sagt Wittwer. Die Nutzung des Gendersterns (Asterisk), des Dop-

pelpunkts oder eines Binnen-I halten sie für einen Missbrauch für politische Zwecke.

Doch was ist jetzt genau das Problem für die beiden Fraktionen? In der Mitteilung erklären sie es so: Wenn in einem Vorstoss, etwa einer Interpellation, der Genderstern verwendet wird, so würde eine Unterschrift nicht nur signalisieren, dass man den Inhalt dieses Vorstosses unterstützt, sondern auch, dass die Verwendung der Gendersprache legitim sei. «Und das wollen wir nicht. Wir wollen die Gendersprache weder unterstützen noch legitimieren», sagt Wittwer. Die Wählerinnen und Wähler sollen nicht denken, dass sie die Gendersprache gut fänden.

### Keine Unterschrift trotz Zustimmung

Auch wenn das Anliegen des Vorstosses sinnvoll sein mag, so würden sich die Mitglieder der

beiden Fraktionen deshalb vorbehalten, nicht zu unterzeichnen. «Ich würde nicht so weit gehen, etwas inhaltlich wirklich Sinnvolles oder sehr Wichtiges gar nicht zu unterstützen, nur weil es sprachlich nicht so daherkommt, wie wir es wollen», wägt Marcel Wittwer ab. Aber er kritisiere, dass sie sich überhaupt entscheiden müssten, ob sie nun den Inhalt oder die Sprache stärker gewichten.

Eine fehlerhafte Rechtschreibung in einem Vorstoss sei indes nicht dasselbe, erklärt Wittwer weiter. Denn auch da sei es formal nicht ganz korrekt, aber es sei eben nicht ideologisch.

«Für uns ist es ganz klar: Die Gendersprache wird für politische Ansichten missbraucht.» Man versuche mit diesem schleichenden Prozess zu zementieren, dass es mehr Geschlechter gebe als die beiden biologischen von Mann und

Frau. «Wehret den Anfängen», meint Wittwer, deshalb wolle man nicht, dass die Sonderzeichen normalisiert würden.

### Für die SP völliger Schwachsinn

Da die Fraktionserklärung erst am Wochenende verschickt wurde, haben die anderen Fraktionen wohl noch nicht darüber befunden. Die Meinungen sind aber teilweise schon gemacht. Felix Meier (SP, Romanshorn), der im Auftrag von Fraktionspräsidentin Barbara Dätwyler antwortet, kann dem Ansinnen gar nichts abgewinnen. «Die Gendersprache tut doch niemandem weh», sagt Meier.

Er findet, dass die beiden Fraktionen ein Problem machen, wo keines sei. «Die Sprache ist etwas Lebendiges, das sich entwickelt, aber bestimmt nicht etwas, das vom Grossen Rat definiert werden müsse. Das ist völliger Schwachsinn.»

Zudem hält Meier die Formulierung in der Erklärung, dass die Verwendung der Gendersprache in Vorstössen ein unzumutbares Dilemma sei, für Erpressung. «Das ist schlechter Stil», sagt Meier. Zusammenfassend hält er fest: Man könne der Meinung sein, dass man die Sonderzeichen einer Gendersprache nicht verwenden möchte. «Das ist doch kein Problem. Aber sich als Sprachpolizei aufzuführen, das finde ich daneben.»

### Die Mitte/EVP wünscht sich einen gemeinsamen Weg

Kilian Imhof, Fraktionspräsident der Mitte/EVP, zeigt sich etwas diplomatischer. «Ich finde es durchaus berechtigt, wenn wir einmal über dieses Thema diskutieren», sagt er. Aber der Kanton habe durchaus wichtigere Probleme, die einen als Kantonsrätin oder Kantonsrat beschäftigen sollten. Stichwort Staatsfinanzen.

Doch auch Fraktionspräsident Kilian Imhof hält das «unzumutbare Dilemma» für übertrieben. Er wolle sich nicht vorschreiben lassen, dass man auf die Gendersprache verzichten müsse. Eine gewisse Freiheit solle man sich bewahren. In seiner Fraktion nutze man die Gendersprache wenig. Hingegen ist ihm in der Debatte auch schon das andere Extrem aufgefallen. Nämlich, dass Rednerinnen oder Redner sachliche Wörter gendern. Doch alles in allem macht er die Nutzung der Gendersprache nicht als grösstes Problem im Thurgau aus.

«Wir werden das in der Fraktion Mitte/EVP noch besprechen, und ich kann mir vorstellen, dass wir es auch in der Fraktionspräsidentenkonferenz ansprechen. Typisch für den Thurgau würde ich die Lösung eines gemeinsamen Weges bevorzugen», sagt Fraktionspräsident Kilian Imhof.